

Deutschland.

Berlin, 6. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem evangelischen Pfarrer Burgold zu Ziegenort im Kreise Niedermünde den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kreisgerichtsrath Seiler zu Hörten den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem pensionirten Kreisassistenten und Greuter Hofmann zu Zissenhof im Kreise Freistadt und dem Strafanstalts-Aufscher Friedrich Dießing zu Kowitz im Kreise Kröben das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Bismarck'schen Hutmacher zu Guben die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; den Ober-Regierungs-Rath Köhn von Jastki zu Stralsund zum Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten ernannt, und dem Kreisrichter Sander in Tarnowitz bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kreisgerichtsrath, sowie dem in Mansfeld angestellt gewesenen pensionirten Kreis-Steuer-Einnehmer Ehard den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der mit der commissarischen Verwaltung der Kreis-Baumeister-Stelle zu Waldbühl beauftragte Baumeister Binger ist zum königlichen Kreis-Baumeister ernannt worden.

Berlin, 7. November. [Se. Majestät der König] empfingen heute Morgen um 9 Uhr den Vortrag des Civil-Cabinet. Um 11 Uhr nahmen Se. Majestät militärische Meldungen entgegen und beschloß hierauf vor dem Palais die 3 von dem Garde-Feld-Artillerie-Regiment an das neu formirte 10. abgegebene Batterien. Hierauf empfingen Se. Majestät den Feldmarschall Grafen Wrangel, den commandirenden General des 10. Armee-Corps von Voigts-Rhege und den Commandeur der 21. Division, General-Lieutenant von Boyen. Um 1/2 1 Uhr geruhten Se. Majestät der König eine Deputation der Stadt Künigsberg zu empfangen und um 1 Uhr einer Sitzung des Staats-Ministeriums zu präsidiren. Um 1/2 5 Uhr ist größeres militärisches Diner.

[Se. königl. Hoh. der Kronprinz] ist mit seinem Gefolge am Montag (6.) in der russischen Hauptstadt eingetroffen und am kaiserlichen Hofe auf das Herzlichste empfangen worden.

[Der Kriegs-Minister von Roon], welcher in der Schweiz erkrankt war, befindet sich jetzt in der Besserung. Seine Rückkehr wird sich jedoch etwas über die Eröffnung der Landtags-Session hinaus verzögern.

[Ein Cabinet-Conseil] trat heute Mittag 1 Uhr vor Sr. Maj. dem Könige in Allerhöchster Palast zusammen.

[Der Minister-Präsident Graf Bismarck] verweilt noch in Putbus. In dem Maße, in welchem die körperliche Kraft und Frische des hohen Staatsmannes wieder zugenommen haben, ist in ihm — so schreibt heute die „Prov.-Corr.“ — auch der Drang zu weiterem Schaffen wiedererwacht. Besonders liegt ihm die Vollendung des so glücklich begonnenen Werkes, die rasche Aufrichtung des norddeutschen Bundes, am Herzen, und er wünscht, an den Vorarbeiten hierzu sich persönlich zu betheiligen. Hoffentlich wird ihm die baldige Rückkehr zu solchem Zwecke gestattet sein, wenn auch im Interesse Preußens zu wünschen und zu erwarten ist, daß er seine Kräfte so viel als irgend möglich auch ferner noch schone.

[Der General-Lieut. und comm. General des 6. Armee-Corps v. Tümping] ist von Dresden hier eingetroffen.

[Demobilisirung.] Unmittelbar nach dem Abschlusse des Friedens mit Sachsen ist, wie verschiedene Blätter melden, die Demobilisirung der gesammelten im Königreich Sachsen stationirten preussischen Truppen angeordnet worden. Die entsprechenden Befehle sind bereits dem preussischen Ober-Commando im Königreich Sachsen zugegangen und sollen in unmittelbarer Vollzug gesetzt werden.

[Marine] Hier eingegangener telegraphischer Meldung zufolge ist Sr. Majestät Schiff „Gazelle“ gestern (6.) in Portsmouth angekommen.

[Die Besetzung von Ulm und Rastatt.] In sonst zuverlässigen Kreisen wird von dem „Schw. M.“ versichert, daß ähnlich wie bei Ulm auch auf eine Mitbesetzung von Rastatt seitens Preußens nicht eingegangen werden wird. Offenbar beabsichtigt Preußen nicht, seinen militärischen Verpflichtungen eine Ausdehnung zu geben, die große Gefahren in sich schließen kann, ohne daß bisher von den südwestdeutschen Staaten irgend genügende Gegenleistungen in politischer oder militärischer Beziehung zu gewärtigen wären.

[Der Frenkel'sche Proceß.] Die „Volks.“ erhält folgendes Telegramm aus Zisterburg vom 6. November: Die Anklage gegen den Abgeordneten Frenkel ist vom hiesigen Appellationsgericht heute zurückgewiesen worden, da Artikel 84 der Verfassungsurkunde als zu Recht bestehend angenommen wurde.

[Zurückziehung der Appellation.] Am 5. d. M. sollte in Königsberg vor dem ostpreussischen Tribunal ein Proceß wider den Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Hartung in zweiter Instanz verhandelt werden. Der Angeklagte, welcher in erster Instanz freigesprochen war, war zur Stelle, es wurde ihm jedoch mitgetheilt, daß in Folge der Amnestie-Ordre die Appellation seitens der Staats-Anwaltschaft zurückgezogen sei.

Berlin, 7. November. [Die Session des Landtags.] Die ministerielle „Prov.-Corr.“ schreibt: Die Landtags-Session, welche vom 27. September bis zum 12. November vertagt war, wird am nächsten Montag wieder aufgenommen werden. Es handelt sich nicht um eine neue Session, sondern um die Fortsetzung der früheren am 5. August eröffneten Session, es findet daher auch keine feierliche Eröffnungssitzung weder durch Se. Majestät den König noch durch einen der Minister, keine Thron- oder Eröffnungsrede statt; die beiden Häuser nehmen vielmehr ihre Geschäfte einfach da wieder auf, wo sie dieselben am 27. September unterbrochen haben, die früher bereits in Commissionen vorbereiteten Verhandlungen werden ohne Weiteres fortgeführt.

Die Hauptaufgabe wird die Verathung und Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1867 sein. Es ist die gemeinsame Absicht der Regierung und der Landesvertretung, die rechtzeitige Feststellung des jährlichen Staatshaushalts vor Beginn des betreffenden Rechnungsjahres jetzt endlich zur Verwirklichung zu bringen, während bisher seit Einführung der Verfassung alle Budgets immer erst mitten in dem Jahre, für welches sie gelten, zu Stande gekommen sind. Der jetzige Finanzminister hatte zuerst im Jahre 1862 den Versuch gemacht, ein Budget für das folgende Jahr rechtzeitig mit dem Landtage zu vereinbaren. Diese Absicht scheiterte jedoch, weil damals und seitdem überhaupt kein Staatshaushalts-Gesetz mehr zu Stande kam. Jetzt darf die Regierung ihre frühere Absicht mit der zuverlässigen Erwartung des Gelingens wieder aufnehmen: in die Hand der Landesvertretung ist es von Neuem gelegt, die Verfassung in einem der wichtigsten Punkte zur Wahrheit werden zu lassen.

Es wird allerdings einer raschen Förderung der Vorberathungen bedürfen, damit das Gesetz bis zum 1. Januar in beiden Häusern

durchberathen und zur königlichen Vollziehung gelangt sein könne. Die Arbeit ist jedoch insofern sehr erleichtert, als sämtliche einzelne Theile des Staatshaushalts schon in den letzten Jahren vielfach und eingehend vorberathen worden sind.

Die Landesvertretung wird überdies von erneuten grundsätzlichen Erörterungen jetzt um so eher absehen können, als der im künftigen Jahre zu verathende Staatshaushalt für 1868, bei welchem sowohl die neuen Landestheile, als auch die Beziehungen zum norddeutschen Bundes schon mit in Betracht kommen werden, selbstverständlich Gegenstand einer eingehenden und gründlichen Prüfung sein wird.

Abgesehen von dem Staatshaushalt wird der Landtag sich mit der bereits früher eingebrachten Vorlage in Betreff der Einverleibung Schleswig-Holsteins in die preussische Monarchie zu beschäftigen haben, wobei auch die fernere Stellung Lauenburgs in Betracht kommen wird.

Ferner wird die Arbeiterfrage durch das Gesetz wegen Aufhebung der Coalitionsbeschränkungen und durch die damit zusammenhängende Aufhebung des Einzugsgeldes von Neuem zur Verathung kommen.

Anderweitige wichtigere Organisationsgesetze sind in dieser Session schon deshalb nicht zu erwarten, weil bei deren Bearbeitung jetzt selbstverständlich auch die Verhältnisse der neu erworbenen Landestheile erwogen und berücksichtigt werden müssen. In dieser Beziehung werden die Sessionen der nächsten Jahre vermutlich sehr umfassende und tiefgreifende Aufgaben zu erledigen haben.

Die gegenwärtige Session wird umso mehr nur auf das Dringendste zu beschränkt sein, als die Berufung des norddeutschen Parlaments nach Schluß derselben in möglichst nahe Aussicht zu nehmen ist.

Die Vorberathungen der Regierungen und die Wahlen zum Parlament sollen so viel als möglich beschleunigt werden, damit die Parlaments-Session in den ersten Monaten des nächsten Jahres stattfinden könne. Es ist daher wünschenswerth, daß die Sessionen des preussischen Landtages sich diesmal nicht über den Januar hinaus ausdehnen.

Δ V Von der Eider, 6. November. [Zur Situation in Schleswig-Holstein.] Die Volksstimmung nähert sich entschieden dem preussischen Standpunkte. Der besonnene Schleswig-Holsteiner gelangt mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß nur die consequente Hand einer preussischen Verwaltung in den manchen Mischständen der Justiz wie der Administration gründlich aufräumen und vor Allem die mittelalterlichen Zustände des beliebigen Sportelwesens und der Polizeiwillkür beseitigen kann. Selbst in Holstein, wo doch der F.-M.-L. v. Gablenz zur Zeit der österreichischen Statthalterzeit unbestritten in dem höchsten Ansehen stand, begreift man es und räumt es ein, daß das Liebgelungen nach allen Seiten schließlich das Herzogthum in großes Unglück geführt haben würde. Freilich jauchzt man der preussischen Anordnung der Dinge nicht entgegen, allein man bequemt sich doch zu einem Entgegenkommen und es schwindet — was immerhin das Bedeutendste ist — das Mißtrauen gegen das sogenannte „preuß. Vergewaltigungssystem“. Namentlich ist die Bevölkerung des schleswig-holsteinischen platten Landes wie umgewandelt, seitdem hier durch die Errichtung von Poststationen in den meisten größeren Dorfschaften dasjenige aus freiem Antriebe eingerichtet worden ist, was sie seit Jahrzehnten gewissermaßen vergebens ersehnte. Auch die Anordnung, daß in Zukunft nur dann Kinder unter 12 Jahren während der Sommerzeit von dem Schulgange befreit werden dürfen, wenn sie sich gute Schulkenntnisse angeeignet haben, sowie daß Kinder nach 12 Jahren bis zur Confirmation derselben Bestimmung unterworfen sein sollen, hat auf die Einwohnerschaft der Herzogthümer einen guten Eindruck gemacht. Und daselbe gilt von dem Verfahren des königl. preussischen Ober-Postdirectors Zischner hinsichtlich der Neubesehung vacanter Postämter. Früher war das Pensionswesen in Schleswig-Holstein ein Pensions-Institut für dänische Offiziere, sobald einträglichere Vacancen eintraten, und die geschulten Postbeamten mußten sich im glücklichen Falle mit dem kärglichen Posten eines Post-Expedienten begnügen. Nicht viel besser war es unter der Gablenz'schen Autorität in Holstein, wo nicht weniger als 6 Personen der Augustenburger Partei mit einträglichen Postmeisterstellen betraut wurden. Seitens des Herrn Zischner ist nun aber ein besseres Princip aufgestellt und zunächst in Betreff des Flensburger Postamts zur Geltung gebracht worden, indem für diese Bedienung ein tüchtiger schleswig-holsteinischer Postmann, Namens Tz., ernannt worden ist. Fahren die preussischen Autoritäten so fort, so wird alsbald jegliche Opposition in Schleswig-Holstein beseitigt sein.

Hannover, 6. Nov. [Adresse.] Der Magistrat von Hannover hat an den Magistrat von Langensalza eine Dank-Adresse erlassen für die hochherzige Theilnahme an dem Schicksale der im Kampfe an der Unstrut verwundeten Hannoveraner. Der Schluß lautet: „Von Langensalza leuchtet der Gegenwart und den kommenden Geschlechtern der deutschen Bruderkiebe erhabenes Vorbild. Dem deutschen Vaterlande Heil, wenn einst alle Stämme des deutschen Volkes einander in solcher Liebe umfassen!“

Kassel, 5. Nov. [Personalien.] Prinz Moriz von Hanau ist heute nach Breslau abgereist, um bei dem dortigen ersten Kürassier-Regiment, welchem er als Major aggregirt wurde, seine neue Charge anzutreten. — Wie man hier in unterrichteten Kreisen erzählt, wäre die Mission des Professors Pernice nach Berlin erfolglos geblieben. — Der ehemalige kurhessische Parlamentsdeputirte Philipp Schwarzenberg, welcher wegen Theilnahme an dem Rumpfparlament seiner Zeit zu zweijähriger Festungstrafe verurtheilt war und, da er trotz mehrfacher Vorstellungen vom Kurfürsten keinen Nachlaß und nicht einmal eine Milderung dieses Urtheils erhielt, seit 17 Jahren in gezwungener Verbannung fern von seinem Vaterlande leben mußte, ist seit einigen Tagen hier anwesend. Die veränderten Verhältnisse haben natürlich diese ganze Angelegenheit beseitigt.

Leipzig, 6. Novbr. [Eigenschaften der sächsischen Treuhändler.] Das eigentliche städtische Organ, das hiesige „Tageblatt“, befindet sich bereits in einer lebhaften Polemik mit der neu erschienenen „Sächsischen Zeitung“, dem Organ der sächsischen „Patrioten“. Letztere richtete in ihrer ersten Nummer neben einer politischen Abhandlung über das Thema „noch ist Deutschland nicht verloren“ einen heftigen und gehässigen Angriff gegen die städtischen Behörden, die sich bei dem Empfang der Truppen Verstöße zu Schulden hätten kommen lassen. Daß die „Sächsischen Zeitung“ in diesem Style vorgehen würde, konnte nicht überraschen, da sie ausdrücklich zu dem Zweck gegründet ist, die extremste Richtung des mit der Reaction verschwägerten sächsischen Sachsenthums in Leipzig zur Geltung zu bringen. Auffällig indessen mußte es erschei-

nen, daß die officiöse „Leipziger Zeitung“ ohne nähere Prüfung der Thatfachen, über die genau unterrichtet zu sein sie in ihrer heutigen Nummer selbst verneint, den ganzen Artikel der „Sächsischen Zeitung“ abdruckte. Hieraus nimmt denn auch das „Tageblatt“ Anlaß zur Beleuchtung des Gegenstandes, indem sie den thatsächlichen Hergang erzählt. Am Schluß bemerkt das „Tageblatt“:

„Wie man mit der Beschuldigung des Landesverraths im Mai d. J. freigeigig um sich geworfen hat, so ist man in diesen unübersehbaren Krisen auch heute noch nicht klug geworden, obgleich man sich sagen muß, wenn man es auch nicht öffentlich bekennt, daß nur der eigene Irrthum — wir nennen es nicht Landesverrath — das Land und die Dynastie geschädigt hat, man fährt vielmehr in diesen Krisen fort, zu schwärzen, zu verächtlichen, zu benutzen alle diejenigen, die nicht mit in ihr Horn stoßen. Man läßt mährliche Ueberzeugungen nicht mehr gelten und gestattet selbst dem ehrlichen sächsischen Patrioten, der im tiefsten, aber stillen Grunde seines Herzens über die Rückkehr seines Königs sich nicht minder freut, als die laut jubelnden Männer des Tages, nicht, dem Ernst der Zeit, dem Ernst der Geschichte unseres Königsbaues und unsers engern Vaterlandes durch ruhige, in sich gefasste Haltung Rechnung zu tragen. Darum weiß auch der Artikelschreiber, daß der Stadtrath zu Leipzig, weil er den Frieden bis heute nicht mit Gloden eingetauscht, nicht mit Festgepränge gefeiert, keine öffentlichen Reden gehalten und dergleichen mehr, mit diesem seinem bisherigen Schweigen eine Demonstration der Trauer über die nicht erfolgte Annexion gemacht hat. Die „Sächsische Zeitung“ benennt dies und die „Leipziger Zeitung“ drückt es eiligst nach. Dies sind Zeichen unserer Zustände, die uns recht schwarz in die Zukunft blicken lassen. Gehe Gott, daß solches Unkraut nicht weiter wächst, es ist geeignet, ein Volk gründlich zu verderben. Nur die Hoffnung hält uns in dieser Befürchtung aufrecht, daß auch unser Volk in nicht zu ferner Zeit wieder zu ruhigem Urtheil zurückkehren und sich des häßlichen und entwürdigenden Denunciantenwesens, wie es heutzutage sich breit macht, in tiefer Seele schämen wird.“

Gera, 3. Nov. [Greizer Zündnadelgewehre.] Aus Greiz bringt die „Neue Thüringische Zeitung“ eine interessante Mittheilung, durch welche wir erfahren, daß zwar nicht die Greizer Soldaten, die in Rastatt lagen, wohl aber die Greizer Zündnadelgewehre, welche übercomplett waren, gegen Preußen verbraucht wurden. Danach hätte die kaiserliche Karoline 350 Stück Zündnadelgewehre an Baiern verliehen gehabt. Diese Gewehre sind bis auf 25 Stück, welche verloren gegangen, jetzt in unbrauchbarem Zustande wieder in Greiz angekommen. Bis jetzt war es, wie es scheint, nicht bekannt, daß man diese Gewehre von Greiz fortgeschafft hatte. Im Uebrigen werden von Neuem Klagen der dortigen Bürgerschaft laut, daß Alles im alten Geleise fortgehe. Das Bedauern, daß Greiz nicht annexirt wurde, war ein sehr allgemeines. (D. A. Z.)

Wiesbaden, 5. Nov. [Audienz beim Herzoge.] Der „K. Ztg.“ wird geschrieben: Der Herzog Adolf hat zwar in Paris gemietet, ist aber noch nicht dahin übergesiedelt. Augenblicklich weilt er noch in dem schloßartigen Rumpenheim am Main; dort befindet sich auch vorübergehend die Herzogin Adelheid mit den Prinzen, welche indeß wieder nach Biberich zurückkehren und dort den Winter über wohnen bleiben wird. Auch der Herzog, heißt es nun, kehre wieder dorthin zurück. Gestern begaben sich die hiesigen Offiziere, welche nicht in den königl. Dienst abtreten, nach Rumpenheim, um dem Herzog aufzuwarten. Es waren zwölf Herren, geführt von dem vormaligen Chef des Nassauischen Kriegs-Departements General v. Holbach. Der Herzog war bei dem Anblick seiner vormaligen Offiziere so ergötzt, daß ihn die Thränen übermannten und er nicht sprechen konnte, als die Worte: „Das sind noch die einzigen Treuen!“ Die Herzogin dagegen war völlig gefaßt, führte den Offizieren die beiden Prinzen vor, ermahnte sie, in der Treue auszuharren und erging sich in lebhaften Vorwürfen gegen die übrigen Offiziere, die nicht ihren Abschied genommen haben, sondern in preussischen Dienst getreten sind. Herr v. Holbach suchte die trübe Stimmung zu verschuchen, indem er — wenig geschickt! — erfundene Anekdoten über den Civil-Commissar Herrn v. Dieß und andere Persönlichkeiten in Wiesbaden vortrug. Allein sein Humor erreichte dieses Mal nicht den gewöhnlichen Erfolg, und als er dem Herzog versicherte, das ganze Land sei ihm aufrichtig ergeben, schüttelte der hohe Herr den Kopf und erwiderte: „Wäre dem so, dann säße ich nicht hier.“ Die Audienz dauerte 3 1/2 Stunden.

Frankfurt a. M., 6. Novbr. [Arbeiterversammlung.] Vorgestern fand eine große Laffalle'sche Arbeiter-Versammlung in Offenbach statt. Dieser Arbeitertag hatte insofern ein allgemeines Interesse, als hier zum ersten Male die Stellung des Arbeitstandes zu den neuesten politischen Zuständen zur Sprache kam. Das allgemeine und directe Wahlrecht wurde als das Mittel bezeichnet, um zur Befreiung des Arbeiters aus den Fesseln des Capitals zu gelangen, und zwar ohne daß man deshalb über den Arbeitgeber hinwegzuschreiten brauche. Darum sollten sich die Arbeiter, die zum norddeutschen Bunde gehören, recht eifrig an den bevorstehenden Parlamentswahlen betheiligen. In Frankfurt (sagt der Vorherber) werde es allerdings nicht möglich sein, einen Candidaten der Laffalle'schen Richtung aufzustellen und durchzubringen; aber sicher sei es, daß anderswo einige Persönlichkeiten durchgebracht werden könnten, welche den Lehren Laffalle's treu ergeben sind, und diese würden die betreffenden socialen Fragen in einer Weise auf die Tagesordnung bringen, daß man sie nicht mehr werde ignoriren können. Das allgemeine und directe Wahlrecht müsse früher oder später die Volks-Souveränität zur Herrschaft bringen! Auf die großen Ereignisse dieses Jahres übergehend, wurde betont, die großen Erfolge Preußens seien nur seinem Centralisations-System zu verdanken, und nur durch dasselbe sei überhaupt etwas zu erreichen. Diefem sei auch die Frankfurter Bourgeois-Republik zum Opfer gefallen, was aber weniger zu beklagen sei, als wenn eine aus dem allgemeinen Volkswillen hervorgegangene Republik das Opfer geworden wäre. Eben deshalb hätten jetzt die Arbeiter mehr als je die Pflicht, über ihre Lage nachzudenken und ihre Kräfte der Eringung der Freiheit in größter Ausdehnung und Entwicklung zu widmen. (N. Pr. Z.)

Franreich.

* Paris, 5. November. [Die russischen Rüstungen.] Wie die „K. Z.“ vernimmt, hat Graf Budeberg sich bereit, als er die Aufregung bemerkte, welche das Telegramm über die angeblichen russischen Rüstungen hier in allen Kreisen hervorgerufen, die beruhigendsten Erklärungen über die getroffenen Maßnahmen, natürlich nur in durchaus vertraulicher Weise, abzugeben. Die qu. Anordnungen seien nur getroffen worden, um die Lücken auszufüllen, welche im russischen Heere dadurch entstanden, daß in den Jahren 1864 und 1865 überhaupt keine Aushebungen veranstaltet worden seien, und außerdem auch, um die etwa acht Tage vor jener Ordre officiell entlassenen Mannschaften in angemessener Weise zu ergänzen.

[Die päpstliche Allocution] wurde erst heute in ihrem ganzen Wortlaute in einer Uebersetzung bekannt, welche die Agentur Havas aus der Uebersetzung der Florentiner „Nazione“ ins Französische veranlaßt hatte. Der clericale „Monde“ wird morgen eine eigene Uebersetzung aus dem lateinischen Urtexte publiciren. Merkwürdig ist, daß man im italienischen Lager den üblen Eindruck durchaus nicht abzulängeln sucht, den die Allocution vom 29. October habe machen müssen; dennoch aber, und das ist das Bezeichnende, giebt man offen zu verstehen, „daß schon heute am 5. November die damaligen Dispositionen des

